

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie** der Stadt Burgdorf am **18.09.2017** im Sitzungssaal des Rathauses I, Marktstraße 55

18.WP/A-JuF/006

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:35 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: Uhr

---

**Anwesend:** **Vorsitzende**

Gersemann, Christiane

**Mitglied/Mitglieder**

Knauer, Detlef - ab 17.07 Uhr/TOP  
2 -

Meinig, Birgit  
Nijenhof, Rüdiger  
Wichmann, Christiane

**Grundmandatar/e**

Gottschalk, Niklas

**stellv. Mitglied/Mitglieder**

Zschoch, Mirco Vertretung für Frau  
Gurbet Birgin

**Stimmberechtigtes Mitglied**

Ev. Kirche

Härtel, Andreas - ab 17.04 Uhr/TOP  
1 -

Lehrke-Ringelmann,  
Doris  
Scher, Olaf  
von Oettingen, Gero

**Beratende/s Mitglied/er**

Vertreterin Kinderschutzbund

Beigel, Astrid  
Bruns, Andrea  
Kuchenbecker-Rose,  
Antje  
Kugel, Michael  
Niemann, Jens  
Ruhkopf, Susanne  
Witte, Bernd

Stadtjugendpfleger

**Gast/Gäste**

Vorsitzender des Stadtkinder-  
tagesstättenbeirates

Helms, André

**Verwaltung**

Baxmann, Alfred  
Mikoleit, Heidi (Fach-

beratung der Kindertagesstätten)  
Pape, Petra  
Raue, Nicole  
Szramka, Monika

## **TAGESORDNUNG**

### Öffentlicher Teil

#### **Einwohnerfragestunde**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie
  - 2.1. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 29.05.2017
  - 2.2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 14.06.2017
  - 2.3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 08.08.2017
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 3.1. Personalsituation in der Jugendverwaltungsabteilung / vorübergehende Einschränkung der Sprechzeiten im Familienservicebüro  
Vorlage: 2017 0352
  - 3.2. Mitteilung - Vorstellung der Planungen zum weiteren Kinderbetreuungsplatzausbau  
Vorlage: 2017 0354

#### **Familienangelegenheiten/Jugendhilfeangelegenheiten**

4. Bericht - Einführung der Entwicklungsbeobachtungsdokumentation EBD und des Fortbildungskonzeptes Wortstark in den städtischen Kindertageseinrichtungen
5. Fördermittelrichtlinie Quik - Beschäftigung von zusätzlichen Fach- und Betreuungskräften in Kindergartengruppen  
Vorlage: 2017 0353
6. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
7. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

#### **Einwohnerfragestunde**

## Öffentlicher Teil

### **Einwohnerfragestunde**

./.

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Frau Gersemann** eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die beratenden Mitglieder, die Vertreterin der Presse und die Verwaltung. Entschuldigt hat sich **Herr Karras**.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Die Tagesordnung wird **einstimmig** beschlossen.

#### **2. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie**

---

##### **2.1. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 29.05.2017**

---

**Frau Wichmann** bittet um Ergänzung des Protokolls auf Seite 7 (TOP 7 „Einrichtung einer jugendpolitischen Werkstatt“), ihre Aussage betreffend. Als Ergänzung schlage sie in Abstimmung mit **Frau Gersemann** folgende Weiterführung ihrer Aussage vor:

„..., da die jugendpolitische Werkstatt die Offenheit und politische Vielfalt in ihrer Arbeit unterstützen und garantieren möchte.“

Bei einer Enthaltung stimmt der Ausschuss dem Änderungswunsch zu.

Außerdem bittet sie um folgende Ergänzung bei TOP 11 „Anfragen und Anregungen an die Verwaltung“ nach dem Wortbeitrag von **Frau Gersemann**:

„**Frau Wichmann** stellt fest, dass das Ertrinken für alle Nichtschwimmer-Kinder eine Bedrohung darstelle und regt ein kostenfreies Erlernen des Schwimmens für alle Burgdorfer Kinder an.“

Bei einer Enthaltung stimmt der Ausschuss dem Änderungswunsch zu.

Bei einer Enthaltung wird das Protokoll einstimmig beschlossen.

## 2.2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 14.06.2017**

---

Bei einer Enthaltung wird das Protokoll einstimmig beschlossen.

## 2.3. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 08.08.2017**

---

Bei zwei Enthaltungen wird das Protokoll einstimmig beschlossen.

## 3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

- a) **Frau Raue** teilt mit, dass die konstituierende Sitzung des Stadtkindertagesstättenbeirates des Kitajahres 2017/2018 am 19.09.2017 stattfinde. Herr Helms vertrete in dieser Sitzung das letzte Mal den Stadtkindertagesstättenbeirat im Ausschuss.
- b) Die beabsichtigte Erweiterung des Hortangebotes von 32 auf 40 Plätze in der Kita Südsterne könne noch nicht umgesetzt werden, da die ausgeschriebene Stelle mangels Bewerberlage nicht besetzt werden könne, teilt **Frau Raue** mit. Am Wochenende sei die Stelle erneut ausgeschrieben worden.
- c) Erneut ausgeschrieben werden müssten auch drei vakante Stellen in der Kita Schillerslage, teilt **Frau Raue** mit. Ab dem 01.10.2017 würden drei von sechs pädagogischen Fachkraftstellen in der Kita unbesetzt sein. Die Verwaltung sei derzeit bemüht, die entstandenen Vakanzen möglichst verlässlich nachzubesetzen. Hospitationstermine würden bereits vereinbart. Betreuungseinschränkungen sollten möglichst vermieden werden.
- d) **Frau Raue** kündigt ferner an, dass sich eine Sondersitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 09.11.2017 in Vorbereitung befände. Der Ausschuss werde informiert, wenn der Termin abschließend abgestimmt sei.
- e) **Frau Gersemann** berichtet vom 35jährigen Jubiläum und von der Einweihung des Außengeländes des FaN-Hauses in Otze sowie vom 20jährigen Jubiläum des Südstadt-Bistros. Beide Feierlichkeiten seien tolle Veranstaltungen und gut besucht gewesen. Es geht ein herzlicher Dank an die Verwaltung für die Vorbereitungen und die gelungenen Veranstaltungen.  
Anmerkung der Verwaltung: Durch einen Fehler der Verwaltung wurde irrtümlicherweise das 30jährige Jubiläum des Hauses der Jugend Otze angekündigt. Das Haus der Jugend in Otze feierte 2016 jedoch bereits das 35jährige Bestehen. Die Feierlichkeit wurde aufgrund der bevorstehenden Umgestaltung des Außengeländes auf das Jahr 2017 terminiert. Die nächsten Feierlichkeiten würden bereits anstehen: Im nächsten Jahr feiere das Johnny B. sein 50jähriges Bestehen und das Haus der Jugend in Ramlingen-Ehlershausen sein 40jähriges Jubiläum.

**3.1. Personalsituation in der Jugendverwaltungsabteilung / vorübergehende Einschränkung der Sprechzeiten im Familienservicebüro  
Vorlage: 2017 0352**

---

**Frau Raue** stellt die Vorlage vor.

**Herr Knauer** fragt nach, wie man die Stadt Burgdorf im Hinblick auf den bestehenden Fachkräftemangel als Arbeitgeber attraktiver gestalten könne.

**Herr Nijenhof** kann aus eigener beruflicher Erfahrung von der Schwierigkeit der Personalgewinnung berichten. Er möchte ergänzend wissen, ob es Möglichkeiten gebe, die bestehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von „Zeitfressern“ zu entlasten.

**Herr Baxmann** gibt zu bedenken, dass die Schaffung attraktiverer Arbeitsbedingungen schwierig sei, da der TVöD keine großen Spielräume lasse. Er weist zudem darauf hin, dass die Personalsituation auch in anderen Kommunen problematisch sei. Vor der Schaffung von Anreizen warne er auch aus finanziellen Gründen.

**Herr Kugel** weist darauf hin, dass die Stadt Burgdorf kein unattraktiver Arbeitgeber sei. Wenn Verbesserungen für die Mitarbeiterschaft möglich seien, würden diese auch umgesetzt, so z.B. aktuell im Beamtenrecht. Dies betreffe natürlich auch die übrigen Zweige wie Sozialverwaltung, Kindergärten, Schulen etc. Durch die Bindung an den TVöD ergäben sich aber nur begrenzte Möglichkeiten durch z.B. Zulagen. Sog. „Zeitfresser“ versuche man bereits zu verhindern. Diese würden aber im Gegenzug keine freien Stellenanteile schaffen.

**Frau Meinig** bekräftigt, dass alle Träger ein Problem mit dem Fachkräftemangel hätten. Finanzielle Anreize seien den Kommunen nicht möglich, wohl aber die zunehmende Qualität der Stellen. Aktuell sei dies in Burgdorf beispielsweise durch die Schaffung der Fachberatungsstelle von **Frau Mikoleit** geschehen. Auch das Gesundheitsmanagement sei in Angriff genommen worden und die Übernahme von Auszubildenden. Man sollte die Mitarbeiterschaft weiterhin unterstützen, wenn z.B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefragt sei.

**Frau Gersemann** lobt den offenen und transparenten Umgang mit dem Thema in der Vorlage und die damit einhergehende Wertschätzung der Mitarbeiterschaft.

**Herr von Oettingen** verweist auf die Tarifautonomie und die Tatsache, dass Burgdorf auch keinen weiteren finanziellen Spielraum habe.

**Frau Wichmann** gibt die Möglichkeit von Quereinsteigern zu bedenken. Wenn es sich um branchenähnliche Berufsgruppen handele, könnten diese mittels Einarbeitung einen Lösungsansatz darstellen.

**Herr Kugel** teilt mit, dass diese Möglichkeit bereits praktiziert werde. Beispielfhaft seien hier die Drittkräfte in den Kindertagesstätten genannt. Er warnt jedoch davor, weil gerade Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der allgemeinen Verwaltung umsetzbar sein müssten, wenn die Personalsituation eine Flexibilität voraussetze. Ohne entsprechende Ausbildung sei diese Voraussetzung nicht in allen Fällen umsetzbar.

**Frau Kuchenbecker-Rose** empfiehlt ein genaues Hinsehen. Einige Quer-einsteiger – beispielsweise in Schulen - hätten sich in der Vergangenheit auch als ungeeignet erwiesen, da das nötige Know-How fehlte. Dies schwäche letztlich auch die Qualität der Einrichtung.

**Frau Gersemann** bittet die Verwaltung um einen sensiblen Umgang mit diesem Thema.

### 3.2. **Mitteilung - Vorstellung der Planungen zum weiteren Kinderbetreuungsplatzausbau** **Vorlage: 2017 0354**

---

**Frau Raue** erläutert die Vorlage.

**Frau Gersemann** ergänzt, dass ein Antrag im Ortsrat Otze vorläge, der ein Gesamtkonzept für die Infrastruktureinrichtungen Schule, Kita und Sporthalle vorsehe.

**Herr Nijenhof** möchte wissen, ob die beschriebenen Maßnahmen ausreichen oder weitere Maßnahmen erforderlich seien.

**Frau Raue** teilt mit, dass der Bedarf an Kindergartenplätzen mit den anstehenden Maßnahmen gedeckt werden soll, was wiederum die Krippengruppen durch einen möglichst nahtlosen Übergang von Krippe in den Kindergarten nach dem 3. Geburtstag entlasten würde. Das gleiche gelte für Tagespflegeplätze. Im U-3-Bereich bestehe die Empfehlung, den weiteren Ausbau im Blick zu behalten. Eine zu 100 % verlässliche Aussage sei zu keinem Zeitpunkt möglich, da Familiennachzüge und andere Ereignisse nicht kalkulierbar seien.

**Herr Baxmann** fügt hinzu, dass die Planung der Fachabteilung und die zeitliche Umsetzung dieser Planung auch eng im Zusammenhang stehe mit der Arbeit der Gebäudewirtschaftsabteilung. Die dortige Personalsituation sei ebenso problematisch, was dazu führe, dass die Umsetzung der Maßnahmen im gesetzten Zeitplan ggf. nicht einhaltbar sei.

**Frau Gersemann** sagt der Verwaltung die Unterstützung des Ausschusses für die weiteren Planungen zu. Sie schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie eine Tagespflegeeinrichtung zu besuchen und sich vor Ort anzuschauen, wie sich die Qualität dieser Einrichtungen verbessert habe.

**Herr Nijenhof** bekräftigt, dass häufig von Bedarfen auszugehen sei, die nicht zwangsläufig reell seien. Daher sei die Arbeit der Verwaltung und des Ausschusses wichtig, um regelmäßig zu überprüfen, ob diese Bedarfe noch der Realität entsprächen. Wünschenswert sei es, wenn sogar über den Bedarf hinaus Plätze bereitstünden. Man könne dann etwa flexibel Gruppenverkleinerungen vornehmen.

**Herr Baxmann** gibt zu bedenken, dass selbst bei voller Befriedigung des Bedarfes nach den vorliegenden Zahlen immer noch ein Großteil der Elternschaft mit der Lösung unglücklich sei etwa in Bezug auf die Verteilung auf Ortsteil-Kindertagesstätten oder von Geschwisterkindern.

## Familienangelegenheiten/Jugendhilfeangelegenheiten

### 4. Bericht - Einführung der Entwicklungsbeobachtungsdokumentation EBD und des Fortbildungskonzeptes Wortstark in den städtischen Kindertageseinrichtungen

---

**Frau Gersemann** begrüßt **Frau Mikoleit** und freut sich, dass die Stadt Burgdorf diese als fachkundige Mitarbeiterin gewinnen konnte.

**Frau Mikoleit** informiert über die Inhalte der EBD und des Konzeptes „Wortstark“. Die Präsentation ist dem Protokoll beigefügt.

**Herr Knauer** erkundigt sich, ob die Entwicklungsbeobachtung und -dokumentation (EBD) auch für inklusive Kinder gedacht sei.

**Frau Mikoleit** entgegnet, dass es sich bei der EBD um einen Standard handele. Für entwicklungsverzögerte Kinder gebe es andere Dokumentationssysteme.

**Frau Lehrke-Ringelmann** fragt nach den sich anschließenden Elterngesprächen.

**Frau Mikoleit** teilt mit, dass die Auswertung des EBD-Bogens in einem kurzen Gespräch mit den Eltern zwei Mal jährlich thematisiert werde. Beständen Sorgen um das Kind, würden weiterführende Maßnahmen besprochen. Sie betont, dass es sich hierbei um niedrighschwellige Anforderungen handele, die 98 % der Kinder problemlos erfüllen können.

**Frau Beigel** berichtet, dass sie selbst mit der EBD arbeite und positive Erfahrungen gemacht habe. Eltern könnten einen Fragebogen mit nach Hause nehmen, über den sie dann mit der Einrichtung ins Gespräch kämen.

**Frau Wichmann** erkundigt sich nach Erfahrungswerten mit Eltern, die kein Interesse an einem Entwicklungsgespräch hätten oder die EBD ablehnten.

**Frau Mikoleit** hat diese Fälle in ihrer langjährigen Tätigkeit nicht erlebt. Die Leitung der jeweiligen Einrichtung müsse dann hinzugezogen werden.

**Herr von Oettingen** weist darauf hin, dass Kinder ihre Verhaltensmuster bis zum Ende des Besuchs der Einrichtung beibehalten würden und diese auch in der folgenden Schulzeit übernehmen.

**Frau Mikoleit** gibt zu bedenken, dass die Kindertagesstätten die Auswertungen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht an die Schulen übermitteln dürften. Die Eltern hätten jedoch die Möglichkeit, diese zu den Schulleitungsuntersuchungen mitzunehmen.

**Herr Nijenhof** fragt nach, in welcher Form eine Mehrsprachigkeit bei dem Projekt „Wortstark“ unterstützt werden könne.

**Frau Mikoleit** macht deutlich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen lernten, die Mehrsprachigkeit als Ressource zu sehen und dies zu akzeptieren. Es gebe sogar einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ebenfalls mehrsprachiges Potential hätten.

**Frau Ruhkopf** ergänzt, dass ein Schritt in diese Richtung sei, wenn Einrichtungen anderssprachige Bücher anböten und Lieder aus anderen Kulturkreisen singen würden.

**Frau Gersemann** betont, dass die Zusammenarbeit mit der Region Hannover im Bereich „Frühe Hilfen“ eine sehr hilfreiche Unterstützung leiste. Sie erkundigt sich, ob die EBD und das Projekt „Wortstark“ eine Entlastung für die Einrichtungen darstellen oder eher als Belastung wahrgenommen werden.

**Frau Mikoleit** berichtet, dass die Einrichtungen am Anfang eines Lernprozesses stünden. Zur Bewältigung dieses Prozesses seien Motivation und Einsatz der pädagogischen Fachkräfte erforderlich, welches zunächst als Belastung wahrgenommen werde. Zunehmend solle mit dem Einsatz eine Entlastung für die pädagogischen Fachkräfte eintreten.

**Frau Kuchenbecker-Rose** bedauert, dass die Schulen aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Kenntnis der Dokumentationen erhielten. In Bezug auf das Projekt „Wortstark“ rege sie eine Zusammenarbeit mit den Einrichtungen an, etwa in Form eines Fachtages.

**Frau Mikoleit** befürwortet eine diesbezügliche Vernetzung sehr.

**Frau Wichmann** gibt zu bedenken, dass sich eine Bekanntgabe der Dokumentation an die Schule auch negativ auswirken könne, wenn beispielsweise das Verhältnis zwischen Kind und Bezugsperson in der Einrichtung schwierig sei.

**Frau Mikoleit** hält diese Sorge für unbegründet. Fähigkeiten würden nur mit einem „Ja“ oder „Nein“ belegt werden, so dass subjektive Aussagen keinen Platz fänden.

**Frau Pape** plädiert dafür, die Eltern zu sensibilisieren, was die Mitnahme der Dokumentation zu den Schuleingangsuntersuchungen angehe. Es sollte eine Mappe oder ähnliches entwickelt werden, die die Eltern an die Hand bekämen. Damit könne den datenschutzrechtlichen Anforderungen Rechnung getragen werden.

**Herr Nijenhof** verweist in diesem Zusammenhang auf die U-Untersuchungen beim Kinderarzt.

**Frau Kuchenbecker-Rose** bittet darum, das Wort „Bewertung“ zu vermeiden. Vielmehr gehe es darum, die Entwicklung eines Kindes zu beobachten und positiv zu beeinflussen. Sie wünsche sich eine Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten und eine freiwillige Weitergabe der EBD an die Schulen. Damit könne die Geschichte des Kindes weitergegeben werden und unterstützungsbedürftige Kinder erhielten weiterführende Hilfe.

**Frau Meinig** plädiert dafür, einen ressourcenorientierten Blick zu behalten. Die freiwillige Zusammenarbeit mit der Elternschaft laufe gut. Die letztendliche Entscheidung über die Weitergabe der Daten müsse weiterhin den Eltern vorbehalten bleiben.



**Frau Bruns** befürwortet, Förderungsmöglichkeiten für Kinder mit den Eltern zu besprechen. Diese müssen die Möglichkeit haben können, Probleme in der Einrichtung anzusprechen.

**Frau Raue** fasst zusammen, dass das Ziel der EBD sei, die Einrichtung und auch die Eltern zu entlasten.

**Frau Mikoleit** ergänzt, dass das Projekt aus den „Frühen Hilfen“ heraus entstanden und als Prävention anzusehen sei.

**Frau Gersemann** bedankt sich für den aufschlussreichen Vortrag.

**5. Fördermittelrichtlinie Quik - Beschäftigung von zusätzlichen Fach- und Betreuungskräften in Kindergartengruppen  
Vorlage: 2017 0353**

---

**Frau Raue** erläutert die Vorlage.

**Frau Gersemann** bittet um Abstimmung.

**Einstimmig** ergeht folgender empfehlender

**Beschluss:**

**Der Stellenplan 2018 wird um 8 befristete S 8a Stellen zur Umsetzung der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Qualität in Kindertagesstätten (QuiK)“ des Landes Niedersachsen ergänzt. Die Befristung umfasst den Zeitrahmen vom 01.01.2018 bis 31.12.2021. Die Besetzung der Stellen erfolgt in Abhängigkeit von den vorliegenden Fördermittelbescheiden des Landes Niedersachsen.**

**Die personelle Besetzung der Stellen kann vor dem Inkrafttreten der Haushaltssatzung und des damit verbundenen Stellenplans 2018 erfolgen.**

**In 2017 wird die Besetzung der Stellen soweit möglich über freie Stellenanteile vollzogen.**

**6. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

./.

**7. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

---

**Herr Helms** erkundigt sich nach der Turnhallennutzung in Otze. Die Kita müsse dort oftmals hinter der Schule zurückstehen.

**Frau Raue** teilt mit, dass die Schule und die Kindertagesstätte dort bereits im Austausch seien. Es werde derzeit an einem Konzept gearbeitet.

## **Einwohnerfragestunde**

./.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer